

Die Lager bleiben unversöhnlich

Die siegreichen Befürworter des Covid-Gesetzes sprechen von einem Vertrauensbeweis aus Vernunft, die Gegner sprechen von Irreführung. Nichts deutet darauf hin, dass sich die Gräben zwischen den Lagern so rasch wieder schliessen lassen. Ein Überblick über die Reaktionen.

von Markus Böni

Die Grünen erwarten nach dem «pragmatischen und enorm wichtigen Ja» von den Gegnern des Covid-Gesetzes, dass diese das demokratische Ergebnis akzeptieren und «dazu beitragen, dass die Schweiz zu einer gesunden Diskussionskultur zurückfindet». Auch die FDP hofft, dass «künftig wieder konstruktive Ansätze die Debatte prägen». Und die Freidenker erklärten, es sei zu hoffen, dass diejenigen, die sich als selbsternannte Freunde der Verfassung in Szene gesetzt hätten, sich «nun auch als Freunde der direkten Demokratie erweisen und das Abstimmungsergebnis akzeptieren». Sie hatten in Anlehnung an die gegnerischen «Freiheitsrychler» mit dem «Freiheitsimpfpler» für ein Ja zum Gesetz geworben.

«Nicht legitim und nicht bindend»

Das dürfte zumindest für einen Teil der Verlierer nicht einfach werden. So machte die Mass-Voll-Bewegung unmissverständlich klar, dass für sie das Ergebnis der Abstimmung zum Covid-Gesetz aufgrund der «beispiellosen und massiven Unregelmässigkeiten nicht legitim und für uns nicht bindend» sei. Man werde weiter gegen die «zynische Politik des Bundesrates» kämpfen. Für die Spaltung der Gesellschaft seien nicht die Kritiker der Corona-Massnahmen, sondern die Medien und die Politik verantwortlich.

Josef Ender, Sprecher des unterlegenen Nein-Komitees «Gefährliche Covid-Verschärfung», will zwar das Verdikt «wohl oder übel akzeptieren». Doch das Ja des Stimmvolkes ändere nichts daran, dass das Gesetz gegen mehr als zehn Artikel in der Bundesverfassung

Verlierer und Gewinner warfen einander nach Feststehen des Ergebnisses Desinformation und Manipulation vor.

verstosse. Das Komitee will am Dienstag nach einer Analyse des Resultates an einer Medienorientierung über das weitere Vorgehen informieren.

Als einzige Partei hatte sich die SVP für ein Nein starkgemacht. Für die Aargauer Nationalrätin Martina Bircher war ein drohender Lockdown im Fall eines Neins der Hauptgrund für die Zustimmung. Die SVP werde sich in der am Montag beginnenden Wintersession vehement gegen eine weitere Ausweitung der Einschränkungen durch das Zertifikat einsetzen.

Gegenseitige Vorwürfe

Verlierer und Gewinner warfen einander nach Feststehen des Ergebnisses Desinformation und Manipulation vor. Eine deutliche Mehrheit sei «offensichtlich immun gegenüber allen Versuchen der Desinformation und Manipulation der Massnahmengegner», schrieb etwa die Ja-Kampagne der Zivilgesellschaft für das Covid-Gesetz. Es sei in den letzten Wochen schon übel gewesen mit den Drohungen und Beleidigungen gegen die Befürworter, sagte Kampagnenleiter Peter Metzinger. Er sei aber zuversichtlich gewesen, dass sich die Mehrheit der Stimmenden für die Fachvernunft entscheiden werde. Nun könnten die Behörden je nach Entwicklung der Pandemie entscheiden, ob es weitere Massnahmen brauche und wie diese

aussehen sollten. Auch die SP verurteilte die «irreführende Kampagne der Gegenseite», die mit «Drohungen und Aufrufen zu Gewalt zahlreiche rote Linien überschritten hat».

Mass-Voll und das Nein-Komitee wiederum kritisierten die «manipulative und offensichtlich irreführende Fragestellung auf dem Abstimmungszettel», eine Diffamierung der «Impfgegner» und die Behinderung durch die Behörden und Medien.

Für die wie schon bei der ersten Abstimmung über das Gesetz im Juni klar siegreichen Befürworter ist klar, dass die Zustimmung zum Covid-Gesetz «der schnellste Weg zurück in die Normalität ist», wie die FDP schreibt. Für die SP ist es der «gemeinsame, vernünftige Ausweg aus der Pandemie». Für die Grünliberalen ist das Covid-Zertifikat ein «wichtiger Schlüssel für einen sicheren Ausstieg aus der Pandemie».

Die Bevölkerung stehe weiterhin klar hinter den Massnahmen, die von Bundesrat und Parlament beschlossen worden seien, würdigte die Mitte das

Verdikt des Stimmvolkes. Es gehe nun darum, einen guten Mittelweg zu finden in der Bekämpfung des Virus und seinen negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Gesundheitsminister Alain Berset erklärte, dem Virus seien die Debatten zum richtigen Umgang mit der Pandemie egal, und er appellierte ans demokratische Gewissen der Verlierer: Es gehöre zur Schweiz, dass man nach der Abstimmung die Entscheide akzeptiere.

Wirtschaft, Sport und Kultur froh

Auch Wirtschaft, Sport und Kultur zeigten sich zufrieden. Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl sprach von einem Vertrauensbeweis für die schweizerische Coronapolitik. Gegenüber einer Ausweitung der Zertifikatspflicht in Richtung 2G (genesen oder geimpft) zeigte sich Rühl grundsätzlich skeptisch. Nicht zielführend seien für Economiesuisse weitere Lockdowns. «Da sind wir strikt dagegen.»

Auch der Arbeitgeberverband und der Gewerbeverband begrüsst den

Entscheid des Stimmvolkes. Letzterer erinnerte daran, dass die gesetzliche Grundlage befristet sei, und forderte den Bundesrat auf, eine massvolle und evidenzbasierte Politik zu betreiben. Für den Arbeitgeberverband liegt es nun am Bundesrat, «die Wogen zu glätten und eine verhältnismässige Politik weiterzuführen».

Wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und der Arbeitnehmenden-Dachverband Travailsuisse sind auch die Wirtschaftsverbände froh, dass die Wirtschafts- und Finanzhilfen weitergeführt werden können. Laut dem Schweizer Tourismusverband hat die Ja-Kampagne erfolgreich aufgezeigt, dass das Covid-Zertifikat in Zeiten der Pandemie die Freiheiten nicht zusätzlich einschränkt. Es sei vielmehr die einzige Möglichkeit für sicheres Reisen und damit grenzüberschreitenden Tourismus und stelle im Inland ein wertvolles Instrument im Umgang mit der Pandemie dar.

Die Taskforce Culture erwartet nach dem erneuten klaren Ja der Stimmbevölkerung vom Parlament in der Wintersession die unveränderte Verlängerung der Entschädigungsmassnahmen und des Schutzschirmes für den Kultursektor.

Der Dachverband Swiss Olympic schliesslich spricht sich für die Beibehaltung der 3G-Regel für den Sport aus und forderte seine 110 Mitgliedsverbände auf, an Anlässen das Tragen einer Maske für alle Anwesenden, ausser die aktiven Sportlerinnen und Sportler, einzufordern. Der Verband schrieb, er habe sich insbesondere für die Vorlage eingesetzt, um die Legitimation der Finanzhilfen auch für den Sport sowie die rechtliche Absicherung des Covid-Zertifikats sicherzustellen. Damit habe auch der Sport in den letzten Wochen gute Erfahrungen gemacht.

63 Prozent der Bevölkerung für 2G

Der Druck auf Ungeimpfte nimmt zu: Eine deutliche Mehrheit der Schweizer Bevölkerung befürwortet eine Verschärfung des Regimes gegenüber Menschen, die sich nicht gegen Covid-19 impfen lassen. Das zeigt eine repräsentative Umfrage im Auftrag des «Sonntags-Blicks». Demnach möchten 63 Prozent der Befragten eine Einfüh-

rung der 2G-Regel – also den Status «geimpft» oder «genesen» – als Bedingung für die Teilnahme am öffentlichen Leben. **Eine Impfpflicht unterstützen allerdings nur 53 Prozent.** Deutlicher befürwortet wird aber eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen. So möchten 69 Prozent der Befragten, dass sich Mitarbeitende in der

Pflege impfen lassen müssen. Keinen Rückhalt fände ein neuer Lockdown: Nur gerade 18 Prozent befürworteten in der Umfrage diese Massnahme. Für einen Lockdown für Ungeimpfte könnten sich 47 Prozent erwärmen. Für die Erhebung befragte das Institut Link 1003 Personen aus den verschiedenen Landesteilen. (sda)

Justizinitiative chancenlos

Ein Losverfahren für die Wahl ans Bundesgericht hat bei Volk und Ständen keinen Anklang gefunden. Über zwei Drittel der Stimmenden sahen keinen Anlass für grundlegende Reformen und legten ein Nein zur Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justizinitiative)» in die Urne. 68,1 Prozent stimmten dagegen, kein Kanton sagte Ja zum Begehren. In dem Votum ging es darum, ob die Richterinnen und Richter künftig von unabhängigen Experten und mittels Losentscheid statt vom Parlament gewählt werden sollen.

Das Ergebnis überrascht nicht: Je näher der Abstimmungstermin rückte, desto weniger Rückhalt genoss die Initiative. In den letzten Abstimmungsumfragen hatten noch 37 respektive 41 Prozent die Initiative unterstützt. Politologen sprachen von einem «klassischen Muster». Neben der Pflegeinitiative und dem Covid-19-Gesetz ging die Justizinitiative etwas unter. Eine breite Debatte entstand nicht.

Sanfte Reformen geplant

Trotz dem Nein zur Initiative zeichnet sich allerdings ab, dass das Wahlverfahren für das Bundesgericht einer sanften Reform unterzogen wird. Die Rechtskommission des Ständerats will, dass die Gerichtskommission einen Fachbeirat beiziehen kann. Zudem hat die Gerichtskommission kürzlich beschlossen, neu allenfalls auch Parteilose als Bundesrichterinnen oder -richter zu nominieren. (sda)

Nur ein paar Dutzend: Grosse Kundgebung in Bern bleibt aus



Auf dem Bundesplatz in Bern haben sich am Sonntagnachmittag Gegner der Coronamassnahmen versammelt. Schweizerfahnen wurden geschwenkt, «Liberté»-Rufe ertönten. Die Kantonspolizei Bern ging von einigen Dutzend Personen aus. Sie hatte das Bundeshaus schon am Morgen – erstmals überhaupt wegen einer eidgenössischen Abstimmung – abgeriegelt, weil in den sozialen Netzwerken zu einer Kundgebung aufgerufen worden war. Bild Anthony Anex / Keystone